

Die Außen- und Sicherheitspolitik im Neuen Russland Eine Elitenstudie

Durchgeführt vom
Russischen Unabhängigen Institut für Soziale und Nationale Probleme
Im Auftrage der FES Moskau

C 01 - 02033

Politikinformation Osteuropa

**FRIEDRICH
EBERT**

STIFTUNG

Inhalt

Vorwort	5
1. Veränderungen im Kurs der russischen Außenpolitik seit Mitte der 1990er Jahre	8
2. Einfluss der Interessengruppen auf die russische Außenpolitik	12
3. Nationale Interessen und Ziele der Außenpolitik	14
4. Außenpolitik und Probleme der nationalen Sicherheit	17
5. Das neue Russland im Kontext des internationalen Staatsystems	22
6. Außenpolitik und wirtschaftliche Interessen Russlands	25
7. Russland und die europäische Integration	28
Schlussbetrachtung	34

ISBN: 3-89892-015-1

Redaktionelle Verantwortung:
Peter W. Schulze und Hans-Joachim Spanger

Kontakt:
Referat Internationale Politikanalyse in der Abteilung
Internationaler Dialog
Friedrich-Ebert-Stiftung, D-53170 Bonn
Fax: 0228/883-625
e-mail: daudersm@fes.de

C 01 - 02033



Vorwort

Im April 2001 führte das Russische Unabhängige Institut für soziale und nationale Probleme (RNISINP) zusammen mit der Moskauer Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Meinungsumfrage zum Themenkomplex der russischen Außenpolitik durch. Ähnliche Umfragen wurden im Auftrage der Friedrich Ebert Stiftung Moskau bereits vorher vom WZIOM 1993 und 1996 durchgeführt (zusammen mit der Gesellschaft für Sozial- und Marktforschung SINUS Moskau: 1993 wurden 113 Experten befragt, 1996 – 103 Experten). Diese Studien machen einen Vergleich möglich und erlauben Veränderungen in normativen Einstellungen und zu spezifischen Fragen nachzuzeichnen. Die Befragungsgruppe der vorliegenden Studie ist wesentlich größer als die der vorhergehenden. Darunter waren im einzelnen:

- | | |
|---|---------------|
| ➤ Abgeordnete der Staatsduma und Mitarbeiter der parlamentarischen Ausschüsse mit internationaler Ausrichtung – | 29,5 % |
| ➤ Abgeordnete des Föderationsrates und Mitarbeiter der Ausschüsse des Föderationsrates mit internationaler Ausrichtung – | 9,6 % |
| ➤ Mitglieder des Rates Russland- Belarus – | 3,0% |
| ➤ Führungskräfte der für Außenpolitik zuständigen Behörden, Experten für Außenpolitik – | 25,6% |

Mitarbeiter von Hochschulen mit außenpolitischer Ausrichtung, MGIMO beim Außenministerium der Russischen Föderation, IMEMO bei der Russischen Akademie der Wissenschaften, Institut für USA und Kanada bei der Russischen Akademie der Wissenschaften, Europa-Institut bei der Russischen Akademie der Wissenschaften etc.

- | | |
|---|--------------|
| ➤ Analytiker nicht-staatlicher wissenschaftlicher Zentren und Stiftungen – | 20,5% |
|---|--------------|

Rat für Außen- und Verteidigungspolitik, Gorbatschow-Stiftung, Zentrum für politische Technologien, Stiftung „Politika“, Carnegy-Zentrum, Institut für strategische Analyse u.a.), eine Reihe führender Journalisten russischer Medien, außenpolitische Experten der Medien, wie „Dipkurier NG“, „Postscriptum TVZ“, „Mezhdunarodnaja Zhisn“ „Mezhdunarodnaja zhisn i mezhdunarodnyje otnoschenija“, „Starana.ru“ u.a.

Viele der befragten Personen gehören zu den 100 führenden Politikern des Landes und zu den 100 führenden Experten und politischen Analysten, wie sie in einer Liste der „Nesawisimaja Gaseta“ benannt werden.

- **Alter der Befragten:**
18,6% - unter 40 Jahren
35,2% - 40 bis 50 Jahre
36,7% - 51 bis 60 Jahre
9,5% - über 60 Jahre

➤ **Bildungsgrad:**

- 34,3% sind Experten für internationale Beziehungen mit entsprechenden Hochschulabschlüssen
- 65,7% sind Fachleute in anderen Bereichender Gesellschaftswissenschaften (Juristen, Politologen, Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler).
- Ca. 40% der befragten Experten haben promoviert oder habilitiert, sind Mitglieder-Korrespondenten oder ordentliche Mitglieder der Akademie der Wissenschaften.

➤ **Erwerbstätigkeit:**

- 45,2% sind Experten mit allgemeinen Schwerpunkten,
- 41,0% sind Fachleute für internationale Beziehungen, darunter sind 20,5% Experten auf einem bestimmten Gebiet (Amerikaforschung, Orientologie, Europäische Studien etc.),
- 13,8% sonstige Spezialisten.

Bei der Auswertung der Ergebnisse wurden die **Experten**, falls nötig, entsprechend ihrem Status und ihrer beruflichen Tätigkeit, in zwei Kategorien eingeteilt,

- | | |
|---|-------|
| a) Experten für internationale Beziehungen und Politologen
(im Text und den Tabellen als „ <i>Analytiker</i> “ bezeichnet) | 38,1% |
| b) Experten der mehr politikorientierten Entscheidungsprozesse
(Mitglieder der Föderalversammlung und Mitarbeiter der parlamentarischen Ausschüsse, Mitarbeiter und Experten der für Außenpolitik zuständigen Behörden, im Text und den Tabellen als „ <i>Praktiker</i> “ bezeichnet) | 61,9% |

Bei der Bewertung der **Parteienpräferenzen** hat sich folgendes Bild ergeben:

- 66,7% aller Befragten hatten keine festgelegten Präferenzen für eine politische Partei,
- 3,8% gaben an, Anhänger von „Jedinstwo“, der sog. Regierungspartei, der Partei der Macht, zu sein,
- 8,6% von KPRF,
- 1,4% von LDPR, also der Gruppierung um den populistischen Politiker Schirinowski
- 7,1% von „Otetschestwo“, der linkszentristischen Sammlungsbewegung des Oberbürgermeisters von Moskau, Juri Luschkow und des ehemaligen Premierministers Ewgeni Primakow
- 4,8% von SPS, der liberal-monetaristischen Bewegung um Sergej Kirienko und Boris Nemzow
- 3,3% von „Jabloko“, der liberalen Partei von G. Jawlinski
- 4,3% waren Anhänger anderer Parteien.

Unter den Analytikern ist der Prozentsatz der Befragten ohne Parteipräferenzen noch höher - 85%.

Allerdings zeigen die Ergebnisse der Umfrage, dass politische Sympathien die Antworten kaum beeinflussen. Daraus kann man schließen, dass die Parteien wenig Einfluss auf die Außenpolitik ausüben. Das mag u.a. darauf zurückzuführen sein, dass Außenpolitik traditionell zum Kompetenzbereich des Präsidenten zählt. Allerdings verfügt auch keine der existierenden Parteien derzeit über ein überzeugendes oder ausformuliertes außenpolitisches Programm.

Die geringe Ausprägung von eindeutigen Parteipräferenzen bedeutet freilich nicht, dass es keine Differenzen in grundlegenden außenpolitischen Fragen gibt. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Frage nach dem Entwicklungsmodell des Landes. Die Frage also, ob sich das Land am westlichen Modell orientieren oder eine Alternative dazu finden soll, markiert entscheidend außenpolitische Positionierungen.

Mehrere Studien zeigten, - nicht zuletzt auch die vom Russischen Unabhängigen Institut für Soziale und Nationale Probleme (RNISiNP) im Jahre 2000 durchgeführte Untersuchung „Russland an der Jahrhundertwende“, dass sich im vergangenen Jahrzehnt in der russischen Gesellschaft ein Paradigmenwechsel vollzogen hat. An die Stelle einer romantisch unkritischen Verherrlichung des Westens trat die Wiederentdeckung der eigenen Werte und Traditionen als Grundlage eines eigenständigen Entwicklungsweges. Es versteht sich von selbst, dass ein direkter Vergleich solcher Massenumfragen mit den Ergebnissen einer Expertenbefragung allein schon aufgrund der Datenbasis kaum möglich ist. Es fällt jedoch auf, dass die Verteilung der politischen Präferenzen bei der außenpolitischen Elite nicht wesentlich vom Massenbewusstsein abweicht. Während die Anhänger eines „eigenen Entwicklungswegs“ bei den Untersuchungen über das Massenbewusstsein dominieren, ist in der außenpolitischen Elite die Gruppe der „Westler“ ausgeprägter.

Interessant ist ferner, dass frühere Konfliktpunkte ihre Schärfe verloren haben, so die Frage nach dem marktwirtschaftlichen Entwicklungsmodell: Sowohl unter Experten, wie auch in der Gesellschaft dominieren die Befürworter eines marktwirtschaftlichen Mischsystems.

Die vorliegende Studie ist von der Forschungsgruppe RNISiNP bestehend aus M. Gorschkow (Leiter), A. Andrejew, L. Bysow, W. Petuchow (stellvertretender Leiter), N. Sedowa, F. Scherega (stellvertretender Leiter) und unter aktiver konzeptioneller Mitarbeit des Leiters der Moskauer Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Peter W. Schulze, erstellt worden.

1. Veränderungen im Kurs der russischen Außenpolitik seit Mitte der 1990er Jahre

Es ist hinreichend bekannt, dass es in den letzten Jahren wesentliche Änderungen nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch in der russischen Außenpolitik gegeben hat. In ihrer Folge vollzog sich ein Wandel der außenpolitischen Prioritäten, was eine sehr unterschiedliche Bewertung erfahren hat. Immerhin geht die Mehrzahl der Befragten davon aus, dass im Vergleich zur Sowjetzeit die russische Außenpolitik in den vergangenen zehn Jahren eine positive Evolution durchgemacht habe.

Bewertung der Veränderungen der russischen Außenpolitik im vergangenen Jahrzehnt (in %)

- **45,2** Veränderungen vorhanden – nicht sehr erhebliche, gleichwohl positive Veränderungen
- **31,9** - Veränderungen vorhanden, jedoch meistens negative Veränderungen
- **17,1** Veränderungen vorhanden, sie sind erheblich und positiv
- **4,8** Praktisch keine Veränderungen
- **1,0** keine Antwort

Es fällt auf, dass die Bewertung der Veränderungen den grundlegenden politischen Orientierungen folgen. Daraus resultieren nahezu diametral entgegengesetzte Einstellungen. So halten 80% der liberal-monetaristischen SPS-Anhänger die Veränderungen für positiv und betonen den Unterschied zur Außenpolitik der alten Sowjetunion. Genau aus diesem Grund stehen die KPRF-Anhänger den Veränderungen überwiegend skeptisch gegenüber (72%).

Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass die Analytiker den Veränderungen kritischer gegenüber stehen als jene, die diese Politik in die Praxis umsetzen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1

Bewertung der Veränderungen in der russischen Außenpolitik im vergangenen Jahrzehnt (in %)

Veränderungen:	Analytiker	Praktiker
Veränderungen vorhanden, sie sind erheblich und positiv	12,5	20,0
Veränderungen sind nicht sehr erheblich, gleichwohl sind sie positiv	42,5	46,9
Veränderungen vorhanden, jedoch meistens negativ	38,8	27,7
Praktisch keine Veränderungen	5,0	4,6

Nach Meinung der Experten vollzog sich der Kurswechsel allmählich, wobei die wesentlichen Änderungen erst buchstäblich nach der Wahl Wladimir Putins zum russischen Präsidenten sichtbar wurden.

Folgende **Einschnitte** wurden benannt:

15,7%	die Anfangsphase der demokratischen Veränderungen in Russland
24,8%	die Ernennung von E. Primakow zum Außenminister
34,8%	der Rücktritt von B. Jelzin und die Wahl W. Putins zum russischen Präsidenten im Mai 2000
5,2%	andere Meinungen
19,5%	keine Antwort

Dabei wird häufig eine Kontinuitätslinie von Primakow zu Putin gezogen. „In der Kosyrew-Zeit degradierte die Diplomatie auf fatale Weise. Primakow begann die Situation zu verbessern. Heute entwickelt Putin die besten Traditionen der „Primakowschen“ Diplomatie fort“, so ein außenpolitischer Experte. Es gibt allerdings auch eine gegensätzliche Ansicht: „Russland hatte in den vergangenen zwei Jahren keine Außenpolitik, und auch heute nicht; daher sei es sinnlos von irgendeinem außenpolitischem Kurs zu sprechen“.

In gewisser Weise bringen beide Ansichten die Polarisierung der außenpolitischen Elite entlang der Achse „Traditionalisten/Eurasier und Westler“ zum Ausdruck (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2

Dynamik der Strategie für die Entwicklung Russlands (nach der Achse „Traditionalisten/Eurasier-Westler“, in %)

Wahl der Strategie für die Entwicklung Russlands	1993	1996	2001
Russland muss nach seinem eigenen Weg suchen, nach einer Alternative zum westlichen Entwicklungsmodell (Traditionalisten)	44	52	46
Russland muss Integration mit führenden westlichen Staaten anstreben, muss vom „Syndrom des russischen Andersseins“/Sonderweges abkommen (Westler)	51	41	40
Keine Antwort/andere Meinung	5	6	14

Deutliche Gegensätze bestehen zwischen den Traditionalisten/Eurasiern einerseits und den Westlern andererseits sowohl bei der Beurteilung der ersten „radikal-liberalen“ Reformphase in Russland und ihrer Außenpolitik, als auch der jetzigen „Putin“-Phase (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3
Abschnitte im letzten Jahrzehnt, mit denen positive Veränderungen in der russischen Außenpolitik in Verbindung gebracht werden können (in %)

Mit welchem Zeitabschnitt sind positive Veränderungen in der russischen Außenpolitik verbunden:	Traditionalisten/ Eurasier	Westler
Mit der Anfangsphase der demokratischen Veränderungen in Russland	7,2	25,3
Mit der Ernennung E. Primakows zum Außenminister	22,7	22,9
Mit dem Rücktritt von B. Jelzin und der Wahl W. Putins zum russischen Präsidenten	45,4	26,5

Unter „positive Veränderungen“ werden qualitative Veränderungen in der Außenpolitik verstanden. Nach Meinung der Elite ist die russische Außenpolitik ausgewogener im Verhältnis zum Westen wie zum Osten geworden; der außenpolitische Kurs stimme mehr und mehr mit den nationalen Interessen des Landes überein. Die westliche These, die russische Außenpolitik sei gegenüber dem Westen konfrontativer geworden, wird von den russischen Experten zurückgewiesen (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4
Charakteristik des Wandels der russischen Außenpolitik in den letzten 3-4 Jahren (in %)

Aussagen:	Einverstanden	Nicht einverstanden	Schwer zu sagen
Der außenpolitische Kurs Russlands entspricht immer mehr den nationalen Interessen	57,9	25,7	16,4
Der außenpolitische Kurs Russlands wurde ausgewogener gegenüber dem Westen und Osten	64,3	14,3	21,4
Der außenpolitische Kurs Russlands wurde gegenüber dem Westen konfrontativer	12,1	66,4	21,5

Nur eine Minderheit von 12,1% der Befragten bejaht eine konfrontative Entwicklung der russischen Westpolitik. Selbst bei den Gegnern eines „russischen Sonderweges“ glauben nur 23%, dass die derzeitige russische Außenpolitik übermäßig konfliktiv gegenüber dem Westen sei (dagegen sind 60% mit dieser These nicht einverstanden). (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5
Wandel der russischen Außenpolitik in den letzten 3- 4 Jahren, Expertenebene, Traditionalisten/Eurasier versus Westler (in %)

Aussagen über die Ausrichtung der Änderungen im außenpolitischen Kurs Russlands in den vergangenen 3-4 Jahren	Traditionalisten/ Eurasier		Westler	
	Einverstanden	Nicht einverstanden	Einverstanden	Nicht einverstanden
Der außenpolitische Kurs Russlands entspricht immer mehr seinen nationalen Interessen	63,9	24,7	51,8	31,3
Der außenpolitische Kurs Russlands wurde ausgewogener im Verhältnis mit dem Westen und dem Osten	68,0	14,4	55,4	21,7
Der außenpolitische Kurs Russlands verhärtete sich gegenüber dem Westen übermäßig	3,1	77,3	22,9	60,2

Mit der Frage nach den Erfolgen und Misserfolgen der russischen Außenpolitik in den vergangenen drei bis vier Jahren sollte konkreter eruiert werden, wie sich die positive Gesamteinschätzung der Veränderungen zu den konkreten Ergebnissen, verhält.

Als **Erfolge der russischen Außenpolitik** wurden verbucht

- die Verbesserung der Beziehungen vor allem mit Indien, Vietnam und China 25%
- Gründung der Union Russlands und Weißrusslands 9%
- Restliche Nennungen betrafen Einzelfälle.

Wesentlich detaillierter äußerten sich die Experten zur Frage nach den **größten Niederlagen der russischen Außenpolitik**:

- mit großem Abstand dominierte hier das Desaster der russischen Politik in Jugoslawien 33%
- gefolgt von der NATO-Osterweiterung 13%
- der Politik gegenüber Irak 7%
- der Verschlechterung der Beziehungen zu den USA 5%
- der passiven Politik im arabisch-israelischen Konflikt und der Verschärfung der Beziehungen zu Georgien 4%

Mit anderen Worten, ist der außenpolitischen Elite, und insbesondere deren Analytikern, die Diskrepanz zwischen den deklarierten Zielen, die im Großen und Ganzen gutgeheißen werden, und den beträchtlich bescheidenderen tatsächlichen Resultaten sehr wohl bewusst.

2. Einfluss von Interessengruppen auf die russische Außenpolitik

Dem Einfluss von staatlichen Institutionen, Politikern, Parteien und Interessengruppen auf die russische Außenpolitik wurde im Unterschied zu den Studien aus den Jahren 1993 und 1996 dieses Mal besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Nicht überraschend ist, dass die überwiegende Mehrheit (91%) der Befragten als wichtigste Schaltstelle der russischen Außenpolitik den Präsidenten der Russischen Föderation nennt. Ihm folgten mit deutlichem Abstand der Außenminister und die Präsidialverwaltung:

Einflussfaktoren der russischen Außenpolitik (in %, Mehrfachnennungen)

91,0	Präsident der Russischen Föderation
52,4	Außenminister, seine Stellvertreter
47,6	Präsidialverwaltung
36,7	Öl- und Gasindustrie
27,1	Regierung der Russischen Föderation
26,7	Führung der Staatssicherheit
26,2	Beamte des Außenministeriums
22,9	Militärisch-industrieller Komplex
18,1	Außenhandelslobby
14,8	Privatwirtschaft
14,8	Medien
9,8	Ausschüsse der Staatsduma
9,5	Staatsduma
7,1	Armeeführung
6,7	Experten, Fachleute für internationale Beziehungen
5,2	Föderationsrat

Andere potentielle Interessengruppen, wie die Gouverneure russischer Regionen, politische Parteien, die russische Intelligenz, Ausschüsse des Föderationsrates usw., haben nach Überzeugung der Befragten keinen nennenswerten Einfluss oder haben diesen verloren. So ist im Vergleich zu 1996 das Gewicht des Banksektors sowie der Medien rückläufig. Diese Tendenz hat mehrere Ursachen. Erstens wuchs im Vergleich zur Regierungszeit von B. Jelzin das Ansehen und die Autorität des neuen Präsidenten. Zweitens wird die Außenpolitik heute entschiedener vom Kreml bestimmt und ihre Implementierung konsequenter von der Exekutive wahrgenommen. Gleichermaßen wurden die Stellung und der Einfluss der beiden anderen Verfassungsorgane, Duma und Föderationsrat, schwächer. Der Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes ist in etwa gleich geblieben während der des Öl- und Gassektors gestiegen ist; letztlich kann ein Machtzuwachs der Sicherheitsdienste konstatiert werden.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Person des Präsidenten W. Putin von der russischen außenpolitischen Elite sehr differenziert gesehen wird. Neben bedingungslosen Anhängern finden sich auch einige Experten, die seiner Innen- als auch Außenpolitik durchaus kritisch gegenüberstehen. Zwar erwarten 56% der Befragten Erfolge in der Sozialpolitik oder in der Wirtschaft, aber immerhin 43% der Experten bezweifeln, dass es dem Präsidenten gelingen wird, die Entwicklung des Landes positiv voran zu treiben.

Die Tatsache allein, dass 91% der Befragten der Aussage zustimmen, die die Außenpolitik des Landes werde maßgeblich vom Präsidenten bestimmt, bedeutet ja noch nicht, dass sie seine Außenpolitik positiv werten.

Das Verhältnis Russlands zum Westen wird nicht übereinstimmend beurteilt.

Viele Experten meinen, mit dem Machteintritt des neuen Präsidenten hätte sich das Verhältnis nicht zum Besseren gewendet; andere stellen fest, dass sich das Verhältnis verschlechtert habe; die Mehrzahl der Befragten sieht allerdings keine Veränderungen, weder zum Guten, noch zum Schlechten.

Veränderungen im Verhältnis zum Westens nach der Wahl des neuen Präsidenten W. Putin (in %)

41,0	Nicht geändert
33,8	Verbessert
18,6	Verschlechtert
6,7	schwer zu sagen

Die eigene Bedeutung für außenpolitische Entscheidungen sehen die Experten selbstkritisch und realistisch. Lediglich 7% der Befragten gaben an, sie würden auf den außenpolitischen Kurs einwirken. Immerhin nahmen 20% der Experten an, dass in der letzten Zeit bei der politischen Elite positive Veränderungen stattfanden, d.h., sie wurde professioneller und beweglicher; 16% der Experten konstatierten hingegen ihre Verschlechterung, während eine beträchtliche Mehrheit von 53% meint, dass sich die außenpolitische Elite überhaupt nicht verändert habe.

Der Umstand allein, dass über die Hälfte der Befragten keine Veränderungen in der Elite feststellen konnte, impliziert jedoch noch kein negatives Urteil. Ein Charakteristikum der außenpolitischen Apparate besteht ja u. a. gerade darin, dass sie kaum radikalem Veränderungsdruck ausgesetzt sind.

Charakteristisch für diese Elite, - und das unterscheidet sie partiell von anderen funktionalen Teilleiten sind

- eine breite Übereinstimmung in zentralen Fragen
- die Entideologisierung der Elite. 68% der Befragten gaben an, keine ideologischen und politischen Präferenzen zu besitzen; unter den Analytikern erreicht diese Zahl sogar den Spitzenwert von 85%.

3. Nationale Interessen und Ziele der Außenpolitik

Vergleicht man die Ergebnisse dieser und der anderen Studien, so zeigt sich, dass pragmatische, realistische Orientierungen bei der außenpolitischen Elite in den vergangenen fünf bis sieben Jahren imperiale Träume zurückgedrängt haben.

Seit 1993 hat sich der Anteil etwa derer, die glauben, dass Russland in absehbarer Zukunft zu den fünf am höchsten entwickelten Staaten der Welt gehören kann, mehr als halbiert. Der Anteil der Befragten, die dafür eintreten, das Russland auf globale Ambitionen verzichten und sich auf die Lösung seiner inneren Probleme konzentrieren sollte, stieg um das Sechsfache. Paradoxe Weise wuchs aber auch die Anhängerschaft der Supermachtsideologie. Nicht erstaunlich ist, dass sich die meisten von ihnen unter den Anhängern der LDPR und KPRF befinden. Schon bemerkenswerter und bedenklicher ist, dass diese Idee auch unter Experten, die jünger als 40 Jahre alt sind, zunehmend Anklang findet.

Tabelle 6

Ziele, die Russland in den nächsten 10-15 Jahren anstreben soll und die im nationalen Interesse liegen (in %)

Ziele	1993	1996	2001
Den Status der Supermacht, wie es die UdSSR war, wiedererlangen	4	7	13
Zu den fünf am höchsten entwickelten Staaten der Welt zu gehören	55	57	21
Zu den 10-15 entwickelten Staaten wie Spanien, Südkorea, Brasilien etc. zu gehören	30	24	28
Führungsposition im Rahmen der GUS erreichen	6	6	5
Auf jegliche globale Ambitionen verzichten und sich auf die Lösung innerer Probleme konzentrieren	4	2	24
Keine Antwort	1	3	9

Die außenpolitische Elite, besonders die Analytiker, haben sich offenbar damit abgefunden, dass Russland auf absehbare Zeit nicht zur ersten Liga der internationalen Gemeinschaft gehören wird. Freilich wird die Ansicht, dass Russland sich keine ehrgeizigen Ziele setzen soll, bei weitem nicht von allen geteilt. Jüngere Experten (unter 40 Jahre) sehen die russischen Perspektiven viel optimistischer. Im einzelnen sprechen sie sich 3,5 mal so oft wie ihre älteren Kollegen (über 60 Jahre) dafür aus, das Russland seine Stellung als Supermacht wieder erlangen solle. Unter den älteren Befragten wollen mit 40% drei mal so viele auf globale Ambitionen verzichten wie unter den jüngeren (siehe Tabelle 7).

Tabelle 7

Ziele, die Russland in den nächsten 10-15 Jahren anstreben soll, die im nationalen Interesse liegen, Antworten nach Altersgruppen (in %)

Ziele:	Altersgruppen			
	Bis 40	40-50	51-60	Über 60
Den Status der Supermacht, wie es die UdSSR war, wiedererlangen	17,9	13,5	13,0	5,0
Zu den fünf am höchsten entwickelten Staaten der Welt zu gehören	17,9	12,2	31,2	20,0
Zu den 10-15 entwickelten Staaten wie Spanien, Südkorea, Brasilien etc. zu gehören	33,3	33,8	22,1	20,0
Führungsposition im Rahmen der GUS erreichen	2,6	2,7	7,8	10,0
Auf jegliche globale Ambitionen zu verzichten und sich auf die Lösung interner Probleme zu konzentrieren	12,8	31,1	18,2	40,0
Andere Meinung	7,7	5,4	7,8	5,0

Zugleich werden die Unterschiede zwischen Traditionalisten/Eurasiern und Westlern deutlich.

Bemerkenswert ist, dass jene Experten, die eine Integration Russlands in die westliche Gemeinschaft befürworten, insoweit zugleich „isolationistische“ Positionen vertreten, als ein Drittel von ihnen davon überzeugt ist, dass Russland sich auf die Lösung seiner inneren Probleme konzentrieren sollte. Außenpolitischer Aktionismus ohne eine materielle Basis wird von ihnen nicht befürwortet. (siehe Tabelle 8).

Tabelle 8

Ziele, die Russland in den nächsten 10-15 Jahren anstreben soll und die den nationalen Interessen entsprechen, Unterscheidung nach Westlern und Traditionalisten/Eurasiern (in %)

Ziele:	Traditionalisten/ Eurasier	Westler
Den Status der Supermacht, wie es die UdSSR war, wiedererlangen	23,7	3,6
Zu den fünf am höchsten entwickelten Staaten der Welt zu gehören	25,8	16,9
Zu den 10-15 entwickelten Staaten wie Spanien, Südkorea, Brasilien etc. gehören	24,7	32,5
Führungsposition im Rahmen der GUS erreichen	4,1	6,0
Auf jegliche globale Ambitionen verzichten und sich auf die Lösung interner Probleme konzentrieren	15,5	33,7
Andere Meinung	5,2	4,8
Keine Antwort	1,0	2,4

An konkreten außenpolitischen Zielen werden in der Reihenfolge ihrer Gewichtung genannt (in %, Mehrfachnennungen)¹:

- **Aufbau einer strategischen Partnerschaft mit führenden asiatischen Mächten (Indien und China)** 66,7;
- **Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit Europa** 65,2;
- **aktiver Schutz der russischen Bevölkerung in den GUS-Staaten** 57,1;
- **Option für eine strategische Partnerschaft mit den USA** 48,6;
- **Schaffung eines Systems zur Steuerung globaler Prozesse, um militärische, wirtschaftliche und ökologische Gefahren für die Menschheit abzuwehren** 46,7;
- **Widerstand gegen den Prozess der Globalisierung und gegen Versuche einiger Länder, ihren Willen anderen Staaten aufzuzwingen** 43,8;
- **Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen zur NATO** 42,9;
- **Widerstand gegen die weitere NATO-Erweiterung** 36,2;
- **Aufnahme als vollberechtigtes Mitglied in das „vereinigte Europa“** 36,1;
- **Bedingungen für die Vereinigung des gesamten russischen Volkes in Russland zu verbessern** 24,4.

Danach nimmt die Schaffung einer strategischen Partnerschaft mit führenden asiatischen Mächten und namentlich mit China nach wie vor einen zentralen Platz ein. Nahezu gleichrangig trat der Wunsch nach einem partnerschaftlichen, strategischen Verhältnis mit der Europäischen Union hinzu. In diesem Bereich der Westpolitik fand eine deutliche Umorientierung statt. Sie vollzog sich auf Kosten der strategischen Partnerschaft zu den USA. Auf die präzisierende Frage nach den Perspektiven der Zusammenarbeit Russlands mit den USA geht mit 55% die Mehrheit der Befragten davon aus, dass die Außenpolitik der USA sich gegen Russland verhärtet wird. Auf europäischer Seite fällt dagegen besonders ins Gewicht, dass sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland seit Jahren positiv entwickelt und russische transnationale Konzerne wie die sogenannten natürlichen Monopole (Gasprom, RAO EES usw.) auf die europäischen Märkte drängen.

Dieser Wirtschaftsoptimismus hat keine politischen Illusionen genährt, ist aber zur Basis einer manifesten Hinwendung der russischen Politik nach Europa geworden.

Traditionell äußerst widersprüchlich und schwierig gestaltete sich das Verhältnis zur Kooperation mit der NATO. So glauben 43% der Experten, dass man die partnerschaftliche Beziehung zur NATO ausbauen muss. 36% aber betonen, dass man sich der NATO-Osterweiterung widersetzen solle. Allen im allem ist im Verhältnis zur Nato ebenfalls ein zunehmender Realismus zu verzeichnen. Die Nato bleibt zwar in der russischen Perzeption ein Anachronismus des Kalten Krieges und damit Instrument der USA, um Europa im amerikanischen Orbit zu halten, aber ihre Bedrohlichkeit gegenüber Russland wird nicht mehr so pointiert gesehen.

¹ Anteil der Experten, die entsprechende Ziele als wichtig oder sehr wichtig für die russische Außenpolitik ansehen, in %.

4. Außenpolitik und Probleme der nationalen Sicherheit

Nahezu alle Experten (86%) konstatieren für das vergangene Jahrzehnt eine Schwächung der nationalen Sicherheit des Landes. In dieser Frage stimmen alle Gruppen und Strömungen der russischen außenpolitischen Elite überein.

Als ernste Bedrohung der nationalen Sicherheit wurden Gefahren von außen (internationaler Terrorismus, die Expansion des islamischen Fundamentalismus, Dominanz der USA), wie von innen (technologischer und wirtschaftlicher Rückstand und unzureichende Konkurrenzfähigkeit russischer Waren wie der mögliche Zerfall Russlands) genannt:

Bedrohungen für die nationale Sicherheit Russlands (in %, (Mehrfachnennungen))

- **61,0 Internationaler Terrorismus, mögliche Expansion des islamischen Fundamentalismus auf russisches Territorium**
- **58,6 Niedrige wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit Russlands**
- **54,8 Wachsender wissenschaftlicher und technischer Rückstand zu den entwickelten westlichen Ländern**
- **52,9 Fortsetzung der NATO-Osterweiterung (Aufnahme ehemaliger Republiken der UdSSR wie die Baltische Länder, Ukraine, Georgien etc.)**
- **51,4 Weltherrschaft der USA und ihrer engsten Verbündeten**
- **51,0 Pressionen internationaler Wirtschafts- und Finanzinstitutionen, um Russland als wirtschaftlichen Konkurrenten zu beseitigen.**
- **26,2 Gefahr eines Zerfalls Russlands**
- **18,6 Informationskriege, informationspsychologische Einwirkung auf Russland**
- **17,1 Politische und demographische Expansion Chinas**
- **16,7 Schwächung der UNO und Zerstörung des internationalen Systems der kollektiven Sicherheit**
- **15,7 Große technische Katastrophen**
- **11,9 Vertragswidrige Verbreitung der Atomwaffen**
- **10,0 Globale Gefahren (Klimaerwärmung, Zerstörung der Ozonschicht, AIDS, Aufzehrung der Naturressourcen usw.)**
- **7,1 Gebietsansprüche an Russland seitens der Nachbarstaaten**
- **3,3 Eine reale Bedrohung der nationalen Sicherheit besteht nicht**

Im Gegensatz zum Westen fällt auf, dass die außenpolitische Elite den globalen Gefahren, d.h. vor allem ökologischen Gefahren, kaum große Beachtung beimisst. Dieser Umstand hat vielfach mit den Besonderheiten der Transformationsperiode zu tun, die seit Anbeginn unter dem **Primat der Innenpolitik** stand. Als prioritäres Ziel galt es, das Überleben des Landes zu sichern, seinen Zerfall zu verhindern und die Erfordernisse der Restrukturierung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft mit einem Minimum an innergesellschaftlichen Konflikten einzuleiten und durchzusetzen. Dieser Aufgabenkomplex wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Maßnahmen hat eine teilnehmende und aktive Außenpolitik als auch globalpolitische Sichtweise der außenpolitischen Funk-

tionselite Russland gehemmt. Nach außen ist damit gleichsam der Eindruck vermittelt worden, das Land konzentriere sich allzu sehr auf die Lösung kurzfristiger Aufgaben, sei sogar anfällig für isolationistische Illusionen oder habe aufgrund seiner nur sektoralen Integration in den Weltmarkt die Bedeutung der Globalisierung nicht erkannt. Unbestritten dominieren kurzfristige Politikansätze. Langfristige oder strategische Überlegungen, auf welche Sektoren das Land setzen und diese auch fördern soll, um zumindest einen Nischenplatz in der internationalen Arbeitsteiligkeit zu besetzen, und welche außen- und sicherheitspolitische Orientierung einer solchen Strategie angepasst wären, wurden in der gesamten Periode der vorhergehenden Präsidentschaft Jelzins nicht angestellt. Erst seit dem März 2000 hat sich hier eine Besserung eingestellt. Dennoch ist noch ein erschreckender Mangel an langfristigen und perspektivischen Denken feststellbar, so dass zukünftige Herausforderungen nicht als akute Bedrohung empfunden werden. In erster Linie fehlt der außenpolitischen Elite das Bewusstsein sich mit Fragen der „erweiterten Sicherheitsagenda“, also ökologischen, technologischen und sozialen wie wirtschaftlichen Herausforderungen auseinander zu setzen. Daraus resultierende Gefährdungen (wie die Aufzehrung von Rohstoffen, Klimaerwärmung, vertragswidrige Verbreitung von Kernwaffen oder die demographische Expansion Chinas in den sibirischen Raum) werden zwar abstrakt als Bedrohung empfunden, aber außerhalb der autorisierten Kompetenz des Außenministeriums angesiedelt.

Obwohl unter den Gefahren für die nationale Sicherheit in erster Linie wachsende Spannungen zu den USA und zum Westen insgesamt hervorgehoben werden, erscheint der außenpolitischen Elite die Gefahr der **Rückkehr zum Kalten Krieg** nicht sonderlich groß. In den letzten fünf Jahren sank der Anteil jener, die an diese Möglichkeit glauben, ungefähr um ein Drittel (siehe Tabelle 9). Der Anteil derer, die eine solche Rückentwicklung für möglich halten, liegt immerhin noch deutlich höher als 1993. Der Grund für diesen Wahrnehmungswandel dürfte darin liegen, dass sich trotz aller Schwierigkeiten im Verhältnis zum Westen, und insbesondere zu den USA, stabile Mechanismen des Zusammenwirkens herausgeschält haben: Die westliche Massenkultur ist zum Bestandteil des russischen Alltags geworden, Kontakte im Bereich der Bildung, des Tourismus etc. haben sich um ein Vielfaches intensiviert. Ausländische Direktinvestitionen werden als wichtiger Faktor der wirtschaftlichen Entwicklungen des Landes eingestuft. Die Monitorfunktion internationaler Organisationen wie IMF und Weltbank wird zwar kritisiert aber als reale Bezugsgröße russischer Politik akzeptiert. Weder eine Mehrheit der außenpolitischen Elite noch der Bevölkerung glauben an ein erneutes Aufflackern des Kalten Krieges.

Tabelle 9

Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr zum Kalten Krieg (in %)

Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr zum Kalten Krieg	1993	1996	2001
Sehr wahrscheinlich	8	20	15
Nicht sehr wahrscheinlich	27	43	29
Unwahrscheinlich	58	30	50
Überhaupt nicht möglich	5	5	4
Keine Antwort	2	1	2

Das Ergebnis bestätigt sich auch für Gruppen, die Präsident W. Putin sehr kritisch beurteilen (siehe Tabelle 10).

Tabelle 10

Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr zum Kalten Krieg durch Anhänger und Gegner W. Putins (in %)

Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr zum Kalten Krieg	Anhänger W. Putins	Gegner W. Putins
Sehr wahrscheinlich	10,3	20,0
Nicht sehr wahrscheinlich/ unwahrscheinlich	82,9	74,5
Überhaupt nicht möglich	5,1	3,3
Keine Antwort	1,7	2,2

Darüber hinaus ist interessant, dass die Frage nach dem Status des Landes - ob Russland eine Großmacht bzw. ein Imperium ist oder zu den führenden Ländern dieser Welt zählen soll - immer realistischer beantwortet wird. Für die Mehrzahl der Experten (ca. 51%) ist es weniger relevant, ob Russland wieder zu einer Großmacht wird. Diese „realistische“ Orientierung bedeutet aber nicht, dass Russland etwa die Rolle eines „global players“ aufgegeben hat. Wenn es um die Verteidigung konkreter Interessen oder um die Beeinträchtigung der nationalen Sicherheit durch externe Faktoren geht, (siehe Tabelle 11), zeigt sich eine prägende Tendenz der Selbstbehauptung, sich nicht zum Spielball externer Machtkonstellationen machen zu lassen. Eine solche Tendenz zeigt sich vor allem in Bezug auf konkrete Zonen lebenswichtiger nationaler Interessen, wie im Bereich der Informationsexpansion des Westens.

Tabelle 11

Reaktionen auf eine eventuelle Gefährdung der nationalen Sicherheit (in %)

Aussagen:	Einverstanden	Nicht einverstanden
Jeder Angriff auf die Stellung Russlands als Großmacht bedroht die nationale Sicherheit	45,7	51,0
Es ist notwendig, konkrete Zonen der lebenswichtigen nationalen Interessen Russlands außerhalb seines Territoriums festzulegen	76,2	20,0
Es ist erforderlich, russische Militärpräsenz in strategischen Regionen der Welt sicherzustellen	57,6	40,0
Es ist erforderlich, der Informationsexpansion des Westens entgegenzuwirken	71,4	26,2

Aufschlussreich ist, und dies belegt eine neue Phase in der Tendenz zur Selbstbehauptung, dass sich langsam eine neue Identität herauskristallisiert, die nicht im Kontext der sowjetischen Vergangenheit genannt werden will. Signifikant scheint, dass insbesondere jüngere Experten (bis 40 und zwischen 40 und 50 Jahre) für eine aktive und selbstbewusste Politik des Landes eintreten. Für 35-40% dieser Gruppe ist die Selbstbestimmung Russlands als Großmacht von entscheidender Bedeutung. Gleichzeitig vertreten „jüngere“ Experten in praktischen Fragen eine nicht minder glasharte Position wie ihre älteren Kollegen.

Ausgeprägt ist auch, dass die Praktiker in der außenpolitischen Elite weniger kompromissbereit und flexibel sind als unabhängige Analytiker. So wurde die Bedeutung der Großmachtstellung von 54 % der Praktiker und lediglich von 33 % der Analytiker bejaht (siehe Tabelle 12).

Tabelle 12

Zustimmung zu den Thesen zur nationalen Sicherheit des Landes unter Analytikern und Praktikern (in %)

Thesen:	Analytiker	Praktiker
Jeder Angriff auf die Stellung Russlands als Großmacht bedroht die nationale Sicherheit	32,5	53,8
Russland hat außerhalb seines Territoriums lebenswichtige nationale Interessen, die es zu definieren gilt	72,5	78,5
Interessen der nationalen Sicherheit erfordern russische Militärpräsenz in strategisch wichtigen Regionen der Welt	53,8	60,0
Die nationale Sicherheit wird durch eine zu große soziale Kluft zwischen verschiedenen Einkommensschichten in Russland gefährdet	80,0	82,3
Die verstärkte staatliche Wirtschaftsregulierung soll zu einer Priorität der nationalen Sicherheit werden	63,8	78,5
Russland ist durch die westliche Informationshegemonie gefährdet	71,3	71,5

Bei der Frage nach den Hauptgefährdungen für das russische Ansehen in der Welt zeigt sich eine eindeutige Dominanz der inneren Probleme des Landes. Im Unterschied zu den Bedrohungen der nationalen Sicherheit nehmen hier die wirtschaftliche Schwäche des Landes, seine Korruption und Kriminalität die zentrale Stellung ein. Zwar beschädigt der Krieg in Tschetschenien ebenfalls das Ansehen Russlands in der Welt, jedoch wird er wesentlich weniger genannt, als noch vor fünf Jahren (siehe Tabelle 13).

Tabelle 13

Faktoren, die das russische Ansehen in der Welt beschädigen (in %)

Negative Faktoren	1996	2001
Wirtschaftliche Schwäche Russlands	87	80
Korruption und Kriminalität	66	67
Krieg in Tschetschenien	66	30
Schwächung des russischen militärischen Potentials	42	36
Widersprüchlichkeit der russischen außenpolitischen Doktrin	29	21
Tätigkeit von B. Jelzin/ W. Putin als Präsident der RF	22	1
Gefährdung der Demokratie und Menschenrechte in Russland	16	8
Diskriminierung ethnischer und religiöser Minderheiten in der RF	8	1
Russischer Widerstand gegen die NATO-Osterweiterung	4	3

➤ Anti Missile Defense/AMD und Ballistic Missile Defense/BMD

In der Frage der viel diskutierten Pläne der US-amerikanischen Administration, ein Raketenabwehrsystem aufzubauen, teilen sich die Ansichten der Experten: 28% halten diese Pläne für eine wirkliche Gefahr, weil Russland darauf keine entsprechende Antwort im militärpolitischen Bereich geben könne. 15% meinen hingegen, dass von diesen Plänen keine Gefahr ausgehe. Eine relative Mehrheit (41%) geht das Problem eher dialektisch an: Die Gruppe sieht in den amerikanischen Plänen eine potentielle Bedrohung, die Russland dazu zwingt, sein Militärpotential zu stärken und zu modernisieren. Für 49% der Experten, die offensichtlich solchen Überlegungen anhängen, führt das unilaterale Vorgehen der USA bei AMD/BMD dazu, dass nolens volens neue Akzente in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Russlands gesetzt werden und dabei letztlich auch wieder das Thema der vorrangigen Entwicklung von taktischen Atomwaffen auf die Tagesordnung gelangt. Hingegen sprechen sich 25% für die vorrangige Entwicklung der konventionellen Streitkräfte und deren Modernisierung aus.

Für „russische Verhältnisse“ nicht unbeträchtlich ist aber auch der Teil der außenpolitischen Elite, der für die Abrüstung sowohl der Kernwaffen, als auch der Konventionalwaffen eintritt. Das Land solle sich ausschließlich auf die friedliche wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren, meinen erstaunlicherweise 16 %.

5. Das neue Russland im Kontext des internationalen Staatensystems

Während die Sowjetunion bekanntlich auf der internationalen Bühne stark polarisierend wirkte, also bedingungslose Anhänger wie geopolitische Gegner hatte, sind nach Meinung der heutigen außenpolitischen Elite die Beziehungen Russlands zu seiner Außenwelt keineswegs eindeutig.

- Zu einer ersten Gruppe von „**Bruderländern**“ (ihre freundschaftliche Einstellung zu Russland bejahten 80% und mehr der Befragten) zählen Weißrussland, Armenien und Indien.
- Zur zweiten Gruppe von **befreundeten Staaten** (ihre freundliche Einstellung zu Russland bejahten zwischen 50% und 80% der Befragten) gehören Jugoslawien, Kasachstan, China, Iran und Deutschland.
- Die dritte Gruppe sind die „**noch befreundeten Staaten**“ (die Anzahl derer, die sie für befreundet halten, ist doppelt so groß wie die, die sie für unfreundlich gesinnt erachten). Dazu zählen Usbekistan, Ukraine, Israel und Frankreich.
- Die vierte Gruppe kann als „**neutral**“ bezeichnet werden. Die Meinungen über sie gehen auseinander. Dazu gehören beispielsweise Aserbaidschan, Japan, Großbritannien und Tschechien.
- Und schließlich die fünfte Gruppe, der **unfreundlich gesinnten Staaten** (eine solche Beurteilung wurde von mehr als 50% der Experten abgegeben). Dazu zählen Afghanistan, die Baltische Staaten und die USA. Darüber hinaus wurden zu den unfreundlichen Staaten auch Georgien, Polen und Ungarn gezählt, allerdings waren die Negativnennungen bei den letztgenannten Ländern nicht sehr ausgeprägt.

Aus einer Auswahl von 24 Staaten wurden 16 als Russland gegenüber mehr oder weniger freundschaftlich gesinnt bezeichnet. Freilich ist erwähnenswert, dass die Frage nach dem Kriterium der „Freundschaftlichkeit“ bei einer Reihe von Ländern zu erheblichen definitorischen Schwierigkeiten unter den Experten führte. Dies gilt in erster Linie für russische Nachbarn aus dem ehemaligen Ostblock sowie aus der ehemaligen UdSSR, wie, Aserbaidschan, Usbekistan, Polen, Tschechien und Ungarn. Unter den westlichen Staaten gehören dazu Großbritannien und Japan.

Die gängige These von der außenpolitischen Isolation des Landes findet bei der außenpolitischen Elite keinen Anklang. Unter den Experten dominiert im Gegenteil der Standpunkt, dass andere Staaten im großen und ganzen positiv gegenüber Russland eingestellt sind.

Eine Ausnahme sind **die russisch-amerikanischen Beziehungen**. In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Zahl derer, die die Beziehungen zwischen den USA und Russland als nicht freundschaftlich bezeichnen, mehr als verdoppelt (von 22% auf 59%). Hierfür gibt es viele Gründe; ein wesentlicher ist die Balkankrise von 1999 und der Kosovo-Krieg, die nach Meinung der relativen Mehrzahl der Experten (42%) zu einem neuen Kräfteverhältnis in der Welt führte, das von der Dominanz der USA geprägt ist.

Nicht geteilt wird die Annahme, die **Balkankrise** habe erstens dazu geführt, dass sich Europa von den USA distanzierte, und zweitens Voraussetzungen für eine engere politische Union zwischen Russland und Europa geschaffen (diesen Aussagen stimmen je-

weils 19% der Experten zu). 13% sind mit der Aussage einverstanden, dass der Krieg auf dem Balkan die Schwäche Russlands illustrierte und seine außenpolitische Isolation verschärfte.

Im übrigen wird die These von der neuen Dominanz der USA vor allem von den Traditionalisten/Eurasiern und in beträchtlich geringerem Maße von den Westlern geteilt. Letztere beurteilen die Perspektiven der Entwicklung Europas und die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zwischen Russland und dem vereinigten Europa deutlich optimistischer (siehe Tabelle 14).

Tabelle 14
Einfluss der Balkankrise von 1999 auf das internationale und außenpolitische Klima, Traditionalisten/Eurasier und Westler (in %)

Wie wirkte sich die Balkankrise von 1999 auf das internationale außenpolitische Klima aus?	Traditionalisten/ Eurasier	Westler
Ein neues internationales Kräfteverhältnis unter Dominanz der USA wurde festgeschrieben	48,5	34,9
Aufkommen eurozentristischer Stimmung und ein neuerliches Bemühen europäischer Staaten, sich von den USA zu distanzieren	13,4	25,3
Es entstanden Voraussetzungen für eine engere politische Union zwischen Russland und Europa	13,4	26,5
Außenpolitische Isolation Russlands verstärkte sich, Russlands Schwäche wurde offenkundig	19,6	8,4
Andere Meinung	3,1	2,4
Keine Antwort	2,1	2,4

Ein anderer Grund für die Abkühlung der russisch-amerikanischen Beziehungen liegt nach Meinung von Experten in den ersten Schritten der neuen US-Regierung unter Präsident George Bush. Eine Mehrheit der Experten (55%) befürchtet, dass die Außenpolitik der USA gegenüber Russland noch schonungsloser werden wird als die Politik der Clinton-Administration (diese Ansicht wird ungefähr im gleichen Umfang von den Analytikern mit 58%, wie den Praktikern mit 53% vertreten).

Zum Vergleich: Lediglich 13% der Befragten denken, dass der außenpolitische Kurs der USA gegenüber Russland keine Veränderungen erfahren wird. Und immerhin meinen 10%, dass die USA wahrscheinlich Russland ignorieren werden. Diese Gruppe zählt augenscheinlich zu den isolationistischen Kräften des Landes, weil sie daran die Hoffnung knüpft, dies sei letzten Endes für Russland von Nutzen.

➤ **Deutsch-russische Beziehungen**

Eine geradezu gegensätzliche Tendenz ist nach Auffassung der Experten in den russisch-deutschen Beziehungen zu beobachten. In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Zahl derer, die Deutschland zu den freundschaftlich gesinnten Ländern zählen verdreifacht (von 19% auf 52%), während der Anteil jener Experten, die Deutschland als nicht freundschaftlichen Staat ansehen, in etwa konstant blieb (10% im Jahre 1996 und 13% im Jahre 2001).

Der heutige Stand der russisch-deutschen Kooperation wird überaus positiv beurteilt.

Beurteilung der russisch-deutschen Kooperation (in %)

- **60** es existieren keine ernsthaften Probleme, die das Verhältnis beider Länder überschatten;
- **38** es gibt bestimmte Probleme, die gelöst werden müssen.

Allerdings ist die Stimmung unter den Analytikern, von denen ein Großteil zu den Europa- oder auch Deutschland-Fachleuten zählt, bei weitem nicht so entspannt. Sie teilen sich faktisch in zwei gleich große Lager und 46% von ihnen sehen Probleme, die das russisch-deutsche Verhältnis trüben könnten.

Eine nicht geringe Anzahl der Experten hat von sich aus folgende mögliche Probleme in den deutsch-russischen Beziehungen erwähnt:

- die russische Verschuldung gegenüber Deutschland – diesen Faktor haben 50 Experten als belastend für das Verhältnis beider Länder bezeichnet;
- der sogenannte " Kaliningrad- Faktor" – 10 Experten;
- eine zu weitgehende Integration Deutschlands in die EU und die NATO; daraus könnte ein abnehmendes Interesse der deutschen Politik an Russland resultieren – 10 Experten;
- die Unvereinbarkeit der wirtschaftlicher Systeme Russlands und Deutschlands (Unvollkommenheit des russischen Rechtssystems, fehlende Garantien für Eigentümer und Investoren, Korruption, etc.) – 10 Experten;
- Problem der Rückgabe von Beutekunst – 8 Experten.

6. Außenpolitik und wirtschaftliche Interessen Russlands

Eine der wenigen wesentlichen Errungenschaften des vergangenen Jahrzehnts ist der **Verzicht auf die ideologische Überhöhung russischer Außenpolitik wie sie aus der Sowjetzeit bekannt ist.** Das neue Russland richtet seine Außenpolitik vor allem nach wirtschaftlichen, dann nach geopolitischen und erst dann nach ideologisch-normativen Gesichtspunkten aus, wobei letztere schwer auszumachen sind. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die russische Außenpolitik hinsichtlich missionarischer Ideologieträchtigkeit erheblich von den USA aber weniger von anderen westlichen Staaten.

Zwischen Deklaration und Realität der Verfolgung wirtschaftlicher Interessen in der Außenpolitik klafft jedoch eine große Lücke. Der Grund dafür liegt in den betrüblichen wirtschaftlichen Möglichkeiten Russlands. Nicht zufällig sehen die Experten reale Möglichkeiten für die Verbesserung der russischen Position am Weltmarkt in den nächsten 10 Jahren lediglich bei Brennstoffen und Energie, in der Rüstungsindustrie sowie bei der Förderung und Verarbeitung von Rohstoffen. Wissenschaft und High-Tech-Bereiche sowie Kultur und Bildung werden nach Einschätzung der Experten fatalerweise kaum eine relevante Rolle spielen. Aber immerhin rechnen ein Viertel der Experten mit Verbesserungen in Wissenschaft und der Hochtechnologie.

Bereiche, in denen Russland mit einer realen Verbesserung seiner Position am Weltmarkt in den nächsten 8-10 Jahren rechnen kann (in % (Mehrfachnennungen))

- **70,0** im Bereich Brennstoffe und Energie (Gas, Öl)
- **53,3** Rüstungsindustrie
- **44,3** Förderung und Verarbeitung von sonstigen Rohstoffen (Metall, Holz u.ä.)
- **36,7** Kernenergie
- **27,6** Wissenschaft und Hochtechnologie
- **18,6** Energietransportinfrastruktur
- **15,2** Kultur und Bildung

Dabei ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem russischen wirtschaftlichen Potential und seinem Ansehen in der Welt gar nicht so einfach, wie dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Diese Frage hat die Experten in zwei nahezu gleich große Gruppen gespalten. 44% der Befragten glauben, dass der Einfluss Russlands auf die internationalen Beziehungen in etwa seinem gegenwärtigen Anteil an der Weltwirtschaft entspricht. In Anbetracht seiner heutigen Wirtschaftslage kann das Land daher keine führende Rolle auf dem internationalen Parkett für sich beanspruchen.

Eine nahezu gleich große Zahl von Experten (46%) vertritt einen gegensätzlichen Standpunkt: Diese glauben, es gebe keinen verlässlich ermittelbaren Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Potential eines Staates und seiner internationalen Rolle. Ihrer Ansicht nach gehört Russland trotz seines wirtschaftlichen Rückstands, aber dank seiner starken Stellung in Bereichen wie Verteidigung, Kultur und Bildung zu den führenden Weltmächten. Wenn man gleichwohl berücksichtigt, dass dieselben Experten meinen, Russland könne in naher Zukunft nicht mit einer progressiven Entwicklung in Wissenschaft, Bildung und Kultur rechnen, wird die internationale Stellung des Landes wiederum in Frage gestellt.

Wie erwartet, wird die erste Ansicht (wirtschaftlicher Determinismus in den internationalen Beziehungen) meist von den Westlern vertreten, die zweite Ansicht – von den Traditionalisten/Eurasiern (siehe Tabelle 15).

Tabelle 15

Einfluss des wirtschaftlichen Potentials auf die internationale Stellung Russlands, Traditionalisten/Eurasier und Westler, Analytiker (in %)

Einfluss des wirtschaftlichen Potentials auf die internationale Stellung Russlands	Traditionalisten/Eurasier	Westler
Einfluss und internationale Stellung Russlands entsprechen seinem Anteil an der Weltwirtschaft.	33,0	61,4
Es gibt keinen direkten Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Potential eines Landes und seiner internationalen Stellung	57,7	34,9
Andere Meinung	6,2	2,4
Keine Antwort	3,1	1,2

Heute werden in der Außenwirtschaft russische Interessen nicht nur durch den Staat als Ganzes und von den föderalen Organen vertreten, sondern auch durch einzelne Regionen, Städte, Unternehmen etc. Dies bewirkt häufig chaotische Zustände und führt zu diversen Konfliktsituationen. Trotzdem glaubt eine Mehrheit der Experten (59%), dass die liberalisierte Außenwirtschaft für Russland vorteilhaft ist, und sieht keine Gründe, die für deren Zentralisierung sprechen würden. Der gegensätzliche Standpunkt, d.h. die liberalisierte Außenwirtschaft schade den wirtschaftlichen Interessen Russlands und müsse deshalb überwunden werden, wird aber immerhin noch von 30% der Befragten vertreten.

Ungeachtet der kritischen Beurteilung der heutigen Lage des Landes und seiner internationalen Stellung, blickt die außenpolitische Elite optimistisch in die Zukunft und glaubt an die Chance, die russische Position in den nächsten 10 Jahren stärken zu können. So glauben 89% der Befragten, dass Russland über ausreichend Ressourcen für die Stärkung seiner außenpolitischen Position verfüge. Als wirtschaftliche Ressourcen werden in erster Linie bezeichnet: die sinnvollere Nutzung des Rohstoffpotentials, das wissenschaftlich-technische Potential inklusive Bildung, Waffenexporte sowie Handel mit militärischen Technologien und die weitere wirtschaftliche und politische Integration in die westliche Staatengemeinschaft.

Russische Ressourcen für die Stärkung seiner internationalen Stellung

(in %, Mehrfachnennungen)

- **49,5 Neuer, flexiblerer und pragmatischerer Stil der Außenpolitik**
- **47,6 Sinnvollere Nutzung des Rohstoffpotentials des Landes**
- **37,1 Wissenschaftlich-technisches Potential und Bildungspotential**
- **30,5 Nutzung des Waffenhandels und Handels mit Militärtechnologien zur Stärkung der außenpolitischen Stellung des Landes**
- **27,6 Weitere wirtschaftliche und politische Integration Russlands in die westliche Staatengemeinschaft**
- **12,4 Wiederbelebung der von der sowjetischen Diplomatie geknüpften internationalen Beziehungen und Einflussmöglichkeiten**
- **8,1 Schaffung von Alternativen gegen die moderne globale Massenkultur**
- **8,1 Aktivierung der russischen Diaspora in anderen Ländern**
- **7,1 Russische Kultur und ihr geistiges Potential.**

Nicht zufällig betont die außenpolitische Elite, dass es nicht nur um wirtschaftliche Fragen gehe, wenn das Ansehen und die Einflussmöglichkeiten des Landes wieder hergestellt werden sollen. Der russischen Außenpolitik komme dabei eine Schlüsselrolle zu. Erhebliche Möglichkeiten werden dabei einem neuen, pragmatischen und flexibleren außenpolitischen Kurs und der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen und Bildungspotentials Russlands zugeschrieben.

Trotz bzw. vielleicht auch gerade wegen des **Pragmatismus als neuer Verhaltensdoktrin der russischen Außenpolitik** wird normativen Fragen eine vergleichsweise geringe Beachtung zuteil. Das hat durchaus ambivalente Folgen, etwa bei der Behandlung humanitärer Fragen. Dieser Paradigmenwechsel ist umso erstaunlicher, als dieser Faktor im politischen Bewusstsein Ende der 80-er und Anfang der 90-er Jahre eine wichtige Rolle spielte. Nur 7% der befragten Experten stimmten heute der Aussage zu, das geistige Potential Russlands sei zur Stärkung der internationalen Position des Landes förderlich; und nur 8% stellten einen Zusammenhang mit der Schaffung von Alternativen zur modernen globalen Massenkultur her.

Im Kontext der internationalen Beziehungen, die zumindest über mehrere Jahrhunderte hinweg von einem „gegenseitigen Durchdringen“ geprägt waren (I. Kirejewskij), muss ein solcher Standpunkt als ein Symptom der Kapitulation vor der globalen Massenkultur und der Schwächung historisch gewachsener geistiger und geistig-politischer Bindungen gewertet werden.

7. Russland und die europäische Integration

Mit der Wahl W. Putins zum russischen Präsidenten im Mai 2000 gewannen die russisch-europäischen Beziehungen an Dynamik.

Die Ansichten über die Architektur des modernen Europas und die Entwicklung seiner geopolitischen Struktur wurden differenzierter. Eine Mehrheit der Experten hält ein künftiges Europa ohne Trennlinien für eine greifbare Möglichkeit. Deren genaue Konfiguration und territoriale Ausbreitung bleibt allerdings offen.

Die Studie zeigt, dass Trennlinien gegenwärtig entlang der Grenzen der ehemaligen Sowjetunion geschaffen werden, denn die Integration Osteuropas in das vereinigte Europa wird von allen als eine nahezu vollendete Tatsache angesehen. Sie gilt als fast so sicher, wie die bereits erfolgte Integration Westeuropas (jeweils 54% und 60%). Dagegen wird die Einbeziehung des post-sowjetischen Raums in diesen Prozess von mehr als 60% der Experten als unwahrscheinlich eingestuft (siehe Tabelle 16).

Ein "Europa ohne Trennlinien" (in %)

Varianten	Eher wahrscheinlich	Eher unwahrscheinlich	Schwer zu sagen
Im Rahmen der EU	60,0	24,3	15,7
EU+ Osteuropa	54,3	30,0	15,7
EU + Osteuropa + Ukraine, Baltische Staaten, Georgien	18,6	64,3	17,1
Alle Staaten Europas, einschließlich Russlands	22,9	61,0	16,2
Alle Staaten Europas, einschließlich des post-sowjetischen Raumes	9,5	75,7	14,8

Die NATO-Osterweiterung wird als unvermeidlich erachtet. Sie wird sich in mehreren Stufen, wie bereits eingeleitet, vollziehen. Dabei werden wesentlich mehr Staaten in den Machtbereich der NATO einbezogen werden als in den europäischen Integrationsprozess. Die Prognosen bezüglich der Annäherung osteuropäischer Staaten an die NATO gehen erheblich weiter, als die Einschätzung ihrer Annäherung an Russland (siehe Tabelle 17).

Tabelle 17
Die politische Zukunft osteuropäischer Staaten und des post-sowjetischen Raums (in %)

Staaten	Sie werden sich allmählich an die westliche Staaten-gemeinschaft annähern und werden in Zukunft NATO-Mitglieder	Sie werden sich an Russland annähern	Schwer zu sagen
Baltische Staaten	88,6	4,8	6,6
Rumänien	83,3	10,5	6,2
Slowakei	69,5	24,8	5,7
Bulgarien	66,7	27,6	5,7
Georgien	58,1	28,1	13,8
Jugoslawien	51,4	40,0	8,6
Aserbaidschan	42,9	42,4	14,7
Ukraine	29,0	63,3	7,6
Kasachstan	12,4	79,5	8,1
Armenien	9,5	82,9	7,6
Weißrussland	2,4	92,4	5,2

Die außenpolitische Elite nimmt nach dem Machtwechsel in Belgrad an, dass Jugoslawien seine Rolle als Zentrum der anti-westlichen Opposition und als politisches Gegengewicht zur NATO auf dem Balkan verliert. Dabei wird, allerdings, wie erwähnt, Jugoslawien weiterhin als freundschaftlich Russland gegenüber eingeschätzt.

Insgesamt, so die Annahme, wird Russland, auch wenn in erheblich geringerem Maßstab, seine Rolle als Zentrum einer vergleichsweise kleinen, aber **eigenbestimmten „politischen Galaxie“** beibehalten können, indem es einige kleine und mittlere „Planeten“ in seinem Anziehungsfeld hält, bzw. dahin zurückführt. Neben Weißrussland zählt eine überwältigende Mehrheit der Experten auch Armenien dazu. Aber auch einige zentralasiatische Staaten (z. B. Kasachstan) sowie, allerdings nicht so sicher, Ukraine könnten dazu zählen. Die Meinungen über Aserbaidschan gehen hingegen auseinander.

Die außenpolitische Elite geht davon aus, dass der europäische Integrationsprozess durch eine **tiefgreifende Restrukturierung des europäischen Raums** gekennzeichnet sein wird. In struktureller Hinsicht wird es eine Unterteilung in zwei Gruppen geben, wobei es zu einer Umverteilung geopolitischer Massen kommt. Die westlichen Grenzen Russlands, vor denen drei Jahrhunderte lang eine bunte Vielzahl von Klein- und Mittelstaaten lag, werden sich im Laufe dieses Prozesses in die **Berührungslinie mit einem konsolidierten, geopolitischen und geo-ökonomischen Machtsubjekt** verwandeln, das mindestens zehn Mal so groß sein wird wie Russland. Dieses Subjekt ist vor allem die NATO und in zweiter Linie die Europäische Union.

Daher stellt sich die berechtigte Frage, wie russische Reaktionen auf eine fortgesetzte Erweiterung des nordatlantischen Bündnisses aussehen sollen? Es stellte sich heraus, dass die außenpolitische Elite in einem solchen Fall **nicht** zur Konfrontation neigt. Obwohl 36% sich dafür aussprechen, dass Russland ein kompromisslose Haltung einnehmen und sich auf jeden Fall der NATO-Osterweiterung widersetzen soll, tritt eine Mehrheit (51%) in dieser Frage für eine Kompromisslösung ein. Die Westler, die für die West-

Integration Russlands sind, sind da in einem noch viel stärkeren Maße kompromissbereit (siehe Tabelle 18).

Tabelle 18

Reaktionsmöglichkeiten auf die zweite Etappe der NATO-Osterweiterung unter Experten: Traditionalisten und Westler, in %

Wie soll Russland auf die zweite Etappe der NATO-Osterweiterung reagieren ?	Traditionalisten/ Eurasier	Westler	Insgesamt
Harte, kompromisslose Haltung einnehmen	55,7	15,7	35,7
Nach Kompromissen mit der NATO suchen	33,0	69,9	51,0
Mit dem Unvermeidbaren abfinden	4,1	9,6	6,2
Schwer zu sagen	7,2	4,8	7,1

Offensichtlich ist die fehlende Klarheit in bezug auf eventuelle russische Reaktionen auf die weiteren Stufen der NATO-Osterweiterung nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass der an Russland angrenzende Raum, in einer undefinierten Zwischenzone liegt.

Die wichtigste Form der multilateralen Kooperation in dieser Region ist die GUS. Doch die Ansichten der Experten über ihre Zukunft gehen weit auseinander (und in den vergangenen Jahren hat sich die Kluft zwischen den verschiedenen Meinungen noch vergrößert) (siehe Tabelle 19).

Tabelle 19

Experten über die Zukunft der GUS (in %)

Mögliche Varianten der Zukunft der GUS:	1996	2001
Schwache Konföderation mit starker Integration in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit	39	16
Bildung einer Föderation unter russischer Führung	26	16
Bildung einer Gemeinschaft selbständiger Staaten nach dem Vorbild des britischen Commonwealth	10	11
Bildung einer Konföderation aus mehreren GUS-Staaten	8	17
EU-ähnliche Integration	5	7
Föderation ohne russische Vormachtstellung	4	2
Weitere Desintegration mit der Perspektive der Auflösung der GUS	1	18
Verteidigungsbündnis aus einem Teil der GUS-Staaten	1	10
Schwer zu sagen	4	2

Es zeigt sich, dass die Mehrheit der Experten die GUS für ein **provisorisches und nicht sonderlich stabiles** Gebilde hält, dass entweder einer vollen oder teilweisen Desintegration entgegensteuert, oder sich in eine Konföderation aus mehreren GUS-Ländern, bzw. in ein militärisches Bündnis verwandelt.

Jedenfalls will Russland, trotz seines verringerten Potentials und seiner geschrumpften Einflusszone, nach wie vor in den über den post-sowjetischen Raum hinausgehenden internationalen Konstellationen nicht als „Kleirussland“, sondern in einem vergrößerten Format, nämlich als **„Russland +“** auftreten.

Insgesamt herrscht die Annahme vor, dass sich die russisch-europäischen Beziehungen nicht wie Beziehungen eines Staates mit einer Staatengemeinschaft gestalten, sondern als **Zusammenwirken zweier geopolitischer Systeme**.

Bei der Bewertung der Zukunft Russlands im Kontext der russisch-europäischen Beziehungen vertraten

- **20% der Befragten die Ansicht, dass Russland seinen Status als Großmacht wiedererlangen und eine führende Rolle in europäischen Angelegenheiten spielen wird, ohne sich dabei in die EU zu integrieren.**
- **21% meinten, dass Russland sich nicht in die europäischen Strukturen integrieren und zu einem Land an der Peripherie absteigen wird.**
- **15% glaubten, dass nach einer erfolgreichen Integration in Europa Russland zu einem der führenden Länder aufsteigen wird und**
- **33% der Experten meinten, Russland wird sich in Europa als gewöhnlicher Staat integrieren.**

Die letztgenannte Ansicht wird von all denen vertreten, die Russland nicht als Zentrum eines selbständigen geopolitischen Systems sehen.

Die Entwicklung der europäisch-russischen Beziehungen wird in erster Linie als durch die weit verbreiteten westlichen Vorurteile gegen Russland behindert, eingeschätzt. Diese Antwort gaben Anhänger verschiedenster politischer Richtungen und außenpolitischer Konzeptionen, einschließlich der pro-westlich eingestellten Liberalen. Im übrigen wurden aber auch Ansichten geäußert, welche der russischen Politik die Schuld für den noch unbefriedigenden Stand der Beziehungen geben. Ungefähr 23% der Befragten meinen, dass Russland für sich einen privilegierten, aber für die EU unzumutbaren Sonderstatus beansprucht. Eine geringe Zahl denkt, dass Russland sich nicht in die europäischen Strukturen integrieren will. Beide Antworten entsprechen in etwa der politischen Auffassung der Befragten und gelten als Indikator einer „demokratischen“ Orientierung.

Hauptgründe für Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen der EU und Russland (in %, Mehrfachnennungen)

- **71,9 In der EU existieren immer noch Vorurteile gegen Russland**
- **57,6 Aus objektiven Gründen stimmen die Interessen Russlands und der EU nicht überein**
- **51,9 Die EU ist an der Integration Russlands in europäischen Strukturen nicht interessiert**
- **22,9 Russland beansprucht für sich einen privilegierten Status, der für die EU unzumutbar ist**
- **21,4 Realiter strebt Russland keine Integration in die europäischen Strukturen an**

Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass die Hauptursache für die Schwierigkeiten in den europäisch-russischen Beziehungen darin besteht, dass für beide Seiten noch sehr eingeschränkte Kooperationsfelder existieren (worauf 58% der Experten hinwiesen). In diesem Zusammenhang könnten die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union auf eine neue Grundlage gestellt werden und eine Wendung hin zum Positiven erfahren, wenn sie zur Lösung einiger, für die Entwicklung beider Seiten entscheidender Probleme beitragen würden. Um welche Probleme könnte es sich hierbei handeln?

Die wichtigsten Kooperationsbereiche Russlands mit der EU

(in %, Mehrfachnennungen)

- **80,0 Russische Teilnahme an gesamteuropäischen Technologieprojekten (Luftfahrt, Raumfahrt, Kernenergie, Infrastruktur)**
- **64,3 Kooperation bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität**
- **56,7 Stärkung des gesamteuropäischen Sicherheitssystems**
- **54,3 Abschaffung der verbleibenden Diskriminierung im Handel**
- **38,6 Intensivierung und Erhöhung der Effizienz des politischen Dialogs**
- **29,5 Kooperation im militärischen technischen Bereich (Im Kontext der Schaffung einer "europäischen Verteidigungsidentität")**
- **26,2 Ausbau des Austauschs im Kulturbereich, Volksdiplomatie**
- **19,0 Vertiefung der Integration und wirtschaftliche Nutzung des wissenschaftlichen Potentials beider Seiten**
- **19,0 Unterstützung des Euro bei seinem Aufstieg zur Weltwährung**
- **17,6 Verbindung der Infrastruktur- und Informationssysteme der Russischen Föderation und der EU ("Europäische Informationsgesellschaft")**
- **11,9 Erprobung von Kooperationsmechanismen mit der EU am Beispiel des Gebiets Kaliningrad als einer "Pilotregion"**

Konsens besteht in der außenpolitischen Elite, dass nach wie vor die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union als Faktor der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung des eigenen Landes definiert und gewünscht wird. Die Experten unterstrichen in diesem Kontext die russische Teilnahme an gesamteuropäischen „Pilotprojekten“ und wollen den undiskriminierten Zugang zum europäischen Markt für russische Unternehmen. Dies bezieht sich vor allem auf den High-Tech-Bereich, in dem Russland auf reiche Erfahrungen zurückgreifen kann (Luftfahrt, Raumfahrt, Kernenergie). Verbleibende Diskriminierungen im Handel seien zu beseitigen (über 54% der Befragten).

Zweitwichtigster Aspekt im Verhältnis Russlands zur Europäischen Union ist der Bereich der Sicherheit. Fast 2/3 der Experten verstehen darunter den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, 57% plädieren für die Stärkung des gesamteuropäischen Sicherheitssystems, ein knappes Drittel unter Einschluss der militär-technischen Kooperation mit längerfristiger Perspektive zur Schaffung einer „europäischen Verteidigungsidentität“.

Skeptisch wird allerdings das Projekt der Kooperation mit der EU am Beispiel Kaliningrad, als einer Art "Pilotregion", gesehen. Dieses Projekt wurde in der Priorität auf den letzten Platz verwiesen und fand lediglich 12% Anhänger. Sicher sind hier Souveränitätsfaktoren angesprochen, die bei der außenpolitischen Elite einen höheren Stellenwert haben als bei anderen funktionalen Eliten.

Fragen der **kollektiven Sicherheit haben Priorität** bei der Mehrheit der außenpolitischen Elite. 54,3% sprechen sich für ein Konzept der kollektiven Sicherheit im Rahmen OSZE aus. Aber auch 51% plädieren für eine Verteidigungsunion der GUS-Staaten. Diese Präferenzen sind offensichtlich eine Reaktion auf die militärische Intervention der NATO im Kosovo. Gleichzeitig sprach sich etwa ein Drittel der Befragten für die russische Teilnahme am NATO-Programm "Partnerschaft für den Frieden" aus. Und ungefähr ein Drittel der Experten unterstützte die russische Teilnahme an gemeinsamen friedensstiftenden Einsätzen, sowohl durch die UNO als auch durch die zu schaffenden Krisenreaktionskräfte der EU, an denen sich vor allem auch NATO-Staaten beteiligen werden:

Formen der europäischen kollektiven Sicherheit, die für Russland am ehesten zumutbar sind (in %, Mehrfachnennungen)

- **54,3 SZ als eigenständiges europäisches Sicherheitssystem**
- **51,0 Verteidigungsunion im Rahmen der GUS**
- **12,4 NATO (vollständige Mitgliedschaft)**
- **31,9 Programm "Partnerschaft für den Frieden" (Russland und NATO)**
- **23,3 Europäische Krisenreaktionskräfte**
- **25,2 In Europa stationierte friedensstiftende Kräfte der UNO**
- **15,7 Russland sollte sich nicht an europäischen militärpolitischen Strukturen beteiligen**

Diese Angaben zeugen davon, dass die Experten in Sicherheitsfragen flexible Lösungen durchaus akzeptieren. Dabei machen einzelne Vertreter auch Alternativvorschläge. So schlug einer der Experten vor, "ein prinzipiell neues Verteidigungsbündnis auf der Paritätsgrundlage NATO- Russland zu bilden".

Somit ist die außenpolitische Elite in Fragen der kollektiven Sicherheit überaus kompromissbereit, allerdings nicht unbegrenzt. Keinesfalls will man sich zum Instrument einer fremdbestimmten Politik oder in eine Statistenrolle drängen lassen.

Schlussbetrachtung

In den vergangenen Jahren war die russische Außenpolitik, im Vergleich zu den erratischen Bewegungen der Innenpolitik, insgesamt vorhersehbar und stabil. Änderungen in der Außenpolitik waren eher evolutionär und betrafen Akzente. Die Analyse bestätigt, dass der außenpolitische Kurs seit dem Wechsel in der Präsidentschaft eher realistischer und ausgewogener geworden ist. Großartige Erfolge der russischen Außenpolitik seien aber nicht zu verzeichnen gewesen und werden auch nicht erwartet. Der Hauptgrund dafür liege nicht so sehr in der Anlage und im Kurs der russischen Außenpolitik, obwohl dort auch ernsthafte Fehler gemacht wurden, sondern liege vielmehr in den innenpolitischen Schwierigkeiten, in einer allgemeinen Schwäche des Landes.

Kennzeichnend ist der wachsende Pragmatismus. Die anfängliche Euphorie, nämlich dass der Verzicht auf imperiale Traditionen Russland quasi automatisch in den Schoß der westlichen Zivilisation führen würde, wird nun von mehr realpolitischen Konzeptionen und einem gestiegenen Selbstwertgefühl abgelöst: Denn, wie immer gehe es darum die nationalen Interessen des Landes zu verteidigen und sich gegen Diktate der übriggebliebenen Supermacht zur Wehr zu setzen. Anfängliche Illusionen, der amerikanischen unipolaren neuen Weltordnung das Konzept einer multipolaren, mehr ausgewogenen Ordnung entgegensetzen zu können, sind mangels Attraktivität bislang gescheitert. An die Stelle der zermürenden, ideologisch überhöht geführten Debatten um einen westlichen, eurasischen oder isolationistischen Focus der russischen Außenpolitik schält sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein moderat-pragmatischer Kurs zum Westen wie zum Osten heraus, der um die Gefahren einer Schaukelpolitik weiß.

Die Abkehr von überzogenen und illusionären Erwartungen, wie sie die Konstitutionsphase nach 1991 dominierten, aber dann noch einmal nach 1996 unter der Ägide Primakows im Außenministerium aufflackerten, scheint vollzogen.

Indiz dafür scheint, das kaum jemand mit einer Wiedergeburt Russlands als Supermacht rechnet. Gleichzeitig verschwindet immer mehr das Syndrom der Katastrophenstimmung, das auf die Erwartungen der außenpolitischen Isolierung Russlands, des Zerfall des Landes etc. zurück zuführen war. Eine Mehrheit der Befragten hält einen Rückschlag, die Rückkehr zum Kalten Krieg in den Beziehungen mit dem Westen für unwahrscheinlich und glaubt, dass trotz aller Schwierigkeiten und Widersprüche die Beziehungen sich verbessern und weiterentwickeln können.

Wie man der Studie entnehmen kann, ist die zentrale außenpolitische Aufgabe Russlands die Stärkung der nationalen Sicherheit des Landes, die nach Meinung der Experten das schwächste Glied im Kontext der russischen Außen- und Innenpolitik ist. Russland sei, so die Experten, durch ein Mix von inneren und äußeren Faktoren gefährdet. Als potentielle externe Bedrohungen werden die NATO genannt, aber mehr noch die immer aktiveren „islamischen“ Kräfte. Die inneren Schwächen des Landes seien strukturell und allseitig bekannt, nämlich der wachsende Rückstand Russlands im Bereich von Wissenschaft und Technik gegenüber den westlichen Ländern. Damit gehe einher der Rückgang der internationalen Konkurrenzfähigkeit der russischen Wirtschaft.

Die Umfrage förderte eine Verschiebung außenpolitischer Prioritäten Russlands zutage, weg von den russisch-amerikanischen Beziehungen, die den Angelpunkt der russischen Außenpolitik in den 90-er Jahren darstellten, hin zum Versuch, eine strategische Partnerschaft mit asiatischen Staaten und mit Europa aufzubauen. Gleichzeitig konstatieren die Experten, dass im Westen, einschließlich Westeuropa, noch immer immense Vorur-

teile gegen Russland bestehen. Allerdings existieren solche Voreingenommenheiten gegen den Westen auch bei einem Großteil der außenpolitischen Elite des eigenen Landes. Die Gestalt der künftigen geopolitischen Beziehung zu Asien und der Europäischen Union ist noch nicht klar, was den außenpolitischen Dialog noch ziemlich unbestimmt aussehen lässt.

Interessanterweise hält sich das Argument in der russischen Außenpolitik, dass die vorhandenen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Institutionen in Westeuropa (EU, NATO) keine geeignete Grundlage für eine intensive Kooperation zwischen Russland und Europa sein können. Das mag aber auch damit zusammen hängen, dass die außenpolitische Elite Russlands sich noch keine Klarheit darüber verschafft hat, in welcher Eigenschaft und Konfiguration Russland in den Beziehungen mit dem vereinigten Europa auftreten soll.

Die größte Unsicherheit über zukünftige Entwicklungen zeichnet aber den postsowjetischen Raum aus. Die politische Orientierung der GUS-Staaten, ob Richtung Westen oder Richtung Russland, ist nach Meinung der Experten noch nicht eindeutig, so dass Perspektiven der GUS und anderer zwischenstaatlicher Blöcke unklar erscheinen. Andererseits betrachtet man die Integration ehemaliger osteuropäischer Ostblockstaaten in die europäischen Strukturen, einschließlich der NATO, als vollendete Tatsache. Daraus erwachsen in der russischen Politik aber keine Tendenzen der Selbstisolierung oder des Wagenburg-Denkens. Russland sieht sich eher von einer Mehrzahl von relevanten befreundeten Staaten unterstützt. Nur eine Minderheit wird als feindlich gegenüber Russland eingestuft.

Eine Ausnahme stellt das Verhältnis zu den USA dar, was sowohl auf erste unfreundliche Schritte der neuen US-Administration, als auch auf amerikanische Versuche zurück geht, das Hegemon in der Weltpolitik zu spielen. Die amerikanische Politik in der Balkan-Krise wirkt noch nach. Nach Ansicht der Experten diskreditierte die amerikanische Politik weitgehend die Idee der kollektiven Sicherheit. Als Aufgabe steht nun die Suche nach neuen, alternativen Sicherheitsmechanismen an.

Die Experten bewerten die Entwicklung der russisch-deutschen Beziehung überaus positiv, auch wenn sie auf einige Schwierigkeiten hinweisen. Das Gebiet Kaliningrads als Pilotregion für das Verhältnis Russlands zu Europa und Russlands zu Deutschland zu nehmen, wird von der Mehrzahl der Experten skeptisch betrachtet.

Optimistisch bewertet die Mehrheit der Experten Russlands Aussichten, eine wichtige Rolle in der internationalen Gemeinschaft zu spielen. Grenze der russischen Handlungsspielraumes und der außenpolitischen Möglichkeiten bleiben die abträglichen wirtschaftlichen, sozialen und inneren Probleme des Landes. Es steht außer Zweifel, und folgt auch aus Ergebnissen vorangegangener Umfragen, dass ein breiter Konsens in der russischen außenpolitischen Elite und auch in der Mehrheit der russischen Bevölkerung über die wichtigsten Probleme des Landes besteht. Sowohl die befragten Experten, als auch die russische Bevölkerung insgesamt glauben, dass der außenpolitische Kurs immer mehr den nationalen Interessen des Landes entspricht, insbesondere nach der Wahl W. Putin zum russischen Präsidenten.

Internationalen Politikanalyse Neue Veröffentlichungen

Globalisierung und Gerechtigkeit

Materialien zur Modernisierung der sozialen Demokratie

Alfred Pfaller

Wirtschaftliche Globalisierung:
Was bringt sie für Deutschland?
(12 Seiten, Mai 2001)

Frieden und Sicherheit

Stephan Böckenförde

Zwischen der Durchsetzung nationaler Interessen und der Rolle als globaler Ordnungsmacht:
Perspektiven künftiger amerikanischer Militäreinsätze
(16 Seiten, Juli 2001)

Politikinfo

Alfred Pfaller

Steuerharmonisierung in der EU:
Argumente und Gegenargumente
(4 Seiten, August 2001)

Michael Ehrke

Was wollen die Globalisierungsgegner?
(4 Seiten, August 2001)

Michael Dauderstädt

Europa: Eine Bundesrepublik mit begrenzten Kompetenzen?
Die Europapolitik der SPD im internationalen Vergleich
(4 Seiten, Juni 2001)

Politikinformation Osteuropa

Nr. 91

Hermann Bünz

mit Frank Hantke und Jens Boysen
Polen vor der Wahl
Ein Überblick über Parteien, wirtschaft und außenbeziehungen

Nr. 90

Michael Dauderstädt

Überholen, ohne einzuholen,
Irland, ein Modell für Mittel- und Osteuropa?
(13 Seiten, April 2001)

Einige Texte sind auch online verfügbar: <http://www.fes.de>

Bestellungen bitte an:

Helga Stavrou, Tel.: 0228-883-202

e-mail: stavrouh@fes.de oder

Ursula Müller Tel. 0228-883-212

e-mail: muelleru@fes.de

Faxnr.: 0228-883-625

Friedrich Ebert Stiftung,
Referat Internationale Politikanalyse
Godesberger Allee 149
D-53170 Bonn,